

Für eine Rente mit Zukunft

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union
vom 10. bis 11. November 2018 in Schrobenhausen

Die Zukunft der Rente ist eine der größten sozialpolitischen Herausforderungen. Dabei setzt der demographische Wandel unser umlagefinanziertes Rentensystem unter Druck. Immer weniger Beitragszahler müssen die finanziellen Lasten des Rentensystems tragen. Die Junge Union setzt sich daher für eine generationengerechte Rentenpolitik ein, die künftige Generationen nicht überproportional belastet. Dabei setzen wir auf eine verlässliche Politik, die Vertrauen herstellt und den Menschen in unserem Land verlässliche Rahmenbedingungen garantiert.

In den vergangenen Jahren wurden immer wieder erhebliche Eingriffe in unser Rentensystem vorgenommen. Diese Reformen waren mit hohen Ausgaben verbunden und haben der Zukunftsfestigkeit der Rente geschadet. Vor diesem Hintergrund fordert die Junge Union Deutschlands eine neue Rentenpolitik. Wir wollen eine Rentenpolitik, die künftige Generationen nicht belastet und gleichzeitig die Lebensleistung der Menschen in unserem Land abbildet.

Unser Rentensystem mit seinen drei Säulen aus gesetzlicher Rente, privater Altersvorsorge sowie betrieblicher Altersvorsorge hat sich bewährt. Deshalb wollen wir an der gesetzlichen Alterssicherung, sowie der ergänzenden betrieblichen und privaten Altersvorsorge festhalten. Wir möchten die betriebliche und private Altersvorsorge stärken, um den Menschen eine gute Rente zu ermöglichen.

Neben einer auskömmlichen Rente ist uns eine langfristige und verantwortungsvolle Finanzierung wichtig. Uns ist es dabei wichtig, dass die Beiträge der Versicherten und Steuergelder nicht zu einer finanziellen Umverteilung innerhalb des gesetzlichen Rentensystems genutzt werden. Das RV-Leistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetz verletzt das Prinzip der Beitragsäquivalenz. Konkret wird die Anhebung der Entgelthöhe für Geringverdiener auf 1.300 Euro dazu führen, dass Arbeitnehmer trotz verringerter Beiträge die volle Rentenanwartschaft erhalten. Für uns steht hingegen fest: Die gesetzliche Rente muss sich weiterhin an der individuellen Erwerbsbiographie des Beitragszahlers orientieren. Jegliche politischen Reformen, die eine Umverteilung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung befördern, lehnen wir ab.

Statt Umverteilung setzen wir als Vertreter der jungen Generation auf zukunftsgerichtete Reformen. Konkret fordern wir:

1. Renteneintrittsalter dynamisieren

Durch die steigende Lebenserwartung beziehen Menschen immer länger Rente. Das derzeitige starre Renteneintrittsalter spiegelt diese Entwicklung nicht wider. Deshalb muss das Renteneintrittsalter dynamisiert und an die Lebenserwartung in Deutschland gekoppelt werden. Ein Drittel der durchschnittlich gestiegenen Lebenserwartung soll automatisch zu zusätzlicher Arbeitszeit werden.

2. Längeres Arbeiten noch attraktiver machen

Viele Menschen möchten auch als Rentner noch weiter arbeiten. Diese Möglichkeit sollte durch den Staat weiter vereinfacht und unterstützt werden. Hierbei ist vor allem die Hinzuverdienstgrenze bei Altersrenten, welche vor Erreichen der Regelaltersgrenze bezogen werden, zu erhöhen. Die derzeitige kalenderjährliche Grenze von 6.300 Euro (525 Euro monatlich) soll auf 10.200 Euro (850 Euro monatlich) erhöht werden. Auf diesem Wege haben Menschen einen noch größeren Anreiz, ihre Rente aufzubessern und unsere Wirtschaft zu unterstützen.

3. Erwerbspersonenpotenzial erhöhen

Um die Anzahl der Beitragszahler in der gesetzlichen Rentenversicherung zu erhöhen, sollten inländische und ausländische Arbeitskräftepotentiale besser genutzt werden. Hierbei kommt vor allem der Fachkräftezuwanderung eine besondere Rolle zu. Durch diese Form der gesteuerten Zuwanderung können die Auswirkungen des demographischen Wandels abgemildert werden. Dies hätte eine deutliche finanzielle Entlastung des Rentensystems zur Folge.

4. Vermögensaufbau fördern

Durch den Aufbau von Vermögen haben sich zahlreiche Menschen in diesem Land eine gute Altersvorsorge gesichert. Hierbei kommt dem Erwerb von Wohneigentum, kapitalgedeckter Anlagen, Fonds sowie Wertpapieren eine wichtige Rolle zu. Wir möchten, dass sich noch mehr Menschen Vermögen aufbauen können. Hierfür wollen wir unter anderem den Erwerb von Wohneigentum noch konsequenter fördern und dies allen Einkommensgruppen ermöglichen.

5. Opt-Out-Modell bei Betriebsrente einführen

Die Verbreitung der Betriebsrente stagniert in Deutschland seit einigen Jahren. Deshalb hat die letzte Bundesregierung mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz Verbesserungen auf den Weg gebracht, die wir ausdrücklich unterstützen. Um die Lebensstandardsicherung weiter zu verbessern, sollte deshalb ein Opt-Out-Modell für die betriebliche Altersvorsorge eingeführt werden, das dann im Rahmen der Lohnabrechnung durch den Arbeitgeber durchgeführt wird. Durch diese Maßnahme stärken wir die Altersabsicherung der Menschen in Deutschland. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass genau jene Menschen für das Alter abgesichert sind, die es am meisten benötigen. Vor allem

Geringverdiener und Mitarbeiter kleinerer sowie mittlerer Unternehmen verfügen bis heute nicht über eine Betriebsrente. Darüber hinaus muss die Handhabbarkeit von Betriebsrenten verbessert werden. Hierzu gehören unter anderem eine bessere Portabilität, einfachere Regeln sowie einheitliche Richtlinien für die Pensionskassen.

6. Private Altersvorsorge stärken

Wir wollen das Prinzip der Selbstverantwortung stärken und die Menschen bei ihrer privaten Altersvorsorge unterstützen. Deshalb soll die private Altersvorsorge noch einfacher und transparenter für die Versicherten gestaltet werden.

7. Altersvorsorgepflicht für Selbstständige einführen

In einer digitalen Arbeitswelt wird die Bedeutung selbstständiger Tätigkeiten zunehmen. Die Gruppe der Selbstständigen ist jedoch eine sehr heterogene Gruppe in Bezug auf die Altersabsicherung. Wir stellen fest, dass ein immer größerer Anteil von Selbstständigen in Zukunft von Altersarmut bedroht sein wird. Deshalb sprechen wir uns für eine Altersvorsorgepflicht aus, die eine bessere Absicherung im Alter sicherstellen soll. Es muss jedoch gewährleistet sein, dass Selbstständige ihr Absicherungsmodell selbst wählen.

8. Transparente, säulenübergreifende Renteninformation einführen

Um eine bessere Altersvorsorge treffen zu können, bedarf es einer transparenten und säulenübergreifenden Renteninformation. Es bedarf jedoch mehr als einer statischen Renteninformation über künftige Rentenansprüche. Deshalb fordern wir die Einführung eines Webportals, das Hochrechnungen der monatlichen Ansprüche für verschiedene Renteneintrittsalter ermöglicht. Es soll auch möglich sein, eine Vielzahl von Simulationen durchzuführen, die unterschiedliche Rechengrößen und Faktoren miteinbeziehen (z. B. Einkommenshöhen, Teilzeitruhestand etc.). Durch diese Vielzahl an Szenarien sollen die Menschen noch besser und zielgerichteter ihre Altersabsicherung gestalten können.

9. Finanzielle Gleichbehandlung von Familien und Kinderlosen

Wir fordern die Festschreibung einer finanziellen Gleichbehandlung von Familien und Menschen ohne Kinder in der Gesamtheit der Steuer- und Sozialversicherungssysteme als übergeordnetes politisches Ziel der entsprechenden Systeme in den jeweiligen Gesetzen.

Durch ein Bündel von Maßnahmen soll innerhalb eines mehrjährigen Übergangszeitraums die finanzielle Gleichstellung von Familien und Menschen ohne Kinder sichergestellt werden. Damit sollen Familien mit Kindern belohnt werden.

10. Flexiblerer Umgang mit privater und betrieblicher Altersvorsorge

Das moderne Arbeitsleben ist von vielen Veränderungen geprägt. Wechsel des Arbeitgebers, Zeiten der Selbstständigkeit und längere Arbeitsaufenthalte im Ausland führen dazu, dass die aktuellen Modelle der privaten und betrieblichen Altersvorsorge an ihre Grenzen stoßen. Wir fordern, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf Förderung bei der privaten Altersvorsorge erhalten, die in Deutschland unbeschränkt einkommenssteuerpflichtig sind. Somit sollen auch Freiberufler und Selbstständige einen Zugang zur privaten Altersvorsorge erhalten.

11. Attraktivität durch Bürokratieabbau

Die staatlich geförderte private Altersvorsorge schreckt aufgrund der bürokratischen Antragserstellung viele Interessenten ab. Durch Abschaffung des Zulagenantrages können bürokratische Hürden für alle Beteiligten gesenkt werden und die geförderte private Altersvorsorge attraktiver gestaltet werden. Die gesamte Abwicklung der Förderung einschließlich des Prüfprozesses könne beim Finanzamt angesiedelt werden, da diesem hierfür alle notwendigen Informationen vorliegen. Somit könnten die Prüfung und Auszahlung der Zulage hier vollautomatisiert ablaufen.